



WAHLPROGRAMM ZUR STADTRATSWAHL 2024

SOZIALE POLITIK
FÜR LANDAU

SPD Soziale
Politik für
Landau.

Präambel

Dieses Wahlprogramm ist ein Zukunftsprogramm. Es spiegelt die Vielfalt unserer Mitglieder wider. Frauen und Männer, Jung und Alt, verschiedenste Berufsgruppen, alteingesessen, migriert oder geflüchtet, Menschen unterschiedlicher Religion und unterschiedlicher Sexualität – alle diese Menschen prägen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Perspektiven unsere politische Arbeit. Die Diversität bereichert unseren Diskurs und hält uns dabei immer wieder dazu an, auch in unserem politischen Handeln die Vielfalt der Lebenswirklichkeiten in Landau zu berücksichtigen.

Wofür wir stehen.

Der Dialog und der direkte Austausch mit den Menschen ist Grundsatz unserer Politik, ob beim Infostand, im Ortsrundgang oder bei Vereinsgesprächen. Wir sind offen für den Dialog. Vielfalt und Unterschiede empfinden wir als Stärke. Wir möchten Politik mit den Bürger*innen machen und nicht an ihnen vorbei.

Leitmotiv ist für uns die soziale Politik. Das bedeutet, dass wir jedes Thema aus der Perspektive der Betroffenen beleuchten, auch im Sinne der Generationengerechtigkeit aus der Perspektive Betroffener zukünftiger Generationen. Es bedeutet auch, dass wir jedes Thema aus der Perspektive des Gemeinwohls, also der Gemeinschaft heraus, betrachten. Beide Perspektiven zu berücksichtigen hat zur Folge, dass wir je nach Kontext relevante Punkte von benachteiligten Personen oder Gruppen in den Vordergrund rücken und an anderen Stellen das Wohl der Gemeinschaft über die Interessen von Einzelnen stellen. Unsere Entscheidungen mögen nicht immer verständlich sein, sie lassen sich aber im Gespräch erklären. Deshalb sind für uns Dialog und Austausch so wichtig. Sprechen Sie uns an!

Was uns antreibt.

Die Welt ist im Umbruch: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Demokratie. Der Krieg in Israel zeigt, die Würde des Menschen ist doch antastbar. Auch die hohen Zustimmungswerte zur AfD zeigen, dass unsere Demokratie in ihren Grundfesten bedroht ist. Dazu kommt die kontinuierlich steigende Erwärmung unseres Planeten; Hitze, Dürre und überflutete Landschaften durch Starkregen zeigen uns, was unsere Kinder und Kindeskinde erwarten, wenn wir heute nicht handeln.

Als SPD setzen wir uns für Demokratie und für eine **sozial-ökologische Politik** ein. Wir wollen durch eine gute Kommunalpolitik Landau als lebenswerte Stadt erhalten. Wir wollen Landau so gestalten, dass alle Menschen heute ebenso wie unsere Kinder und Kindeskinde auch morgen noch gerne in dieser Stadt leben möchten und leben können. Dazu nehmen uns den aktuellen und kommenden Herausforderungen wie beispielsweise dem Fachkräftemangel, der täglich steigenden Zahl Geflüchteter und der notwendigen sozial-ökologischen Transformation an: Dabei wissen wir, dass wir keine einfachen Lösungen präsentieren können, aber wir sind zuversichtlich, dass wir Lösungen finden werden.

Wir haben als SPD-Fraktion auch in der letzten Legislaturperiode verschiedene Anstöße für gute Veränderungen gegeben. Für manche Vorschläge konnten wir neben Oppositionskräften auch Koalitionspartner gewinnen (z.B. Nachkulturbeauftragten), andere Vorstöße wurden abgelehnt und werden von uns deshalb weiterverfolgt (z.B. die nachhaltige Beschaffung). Geleitet von den Grundsätzen einer sozialen Politik für Landau werden wir in Dialog und Austausch mit den Menschen in Landau Lösungen entwickeln und so ebenso wie in den letzten achtzig Jahren Krisen und Herausforderungen gut meistern.

Wonach wir streben.

Es ist uns wichtig, dass wir nichts versprechen, was wir nicht halten können, sondern einen realistischen Blick auf die Themenfelder werfen. Deshalb haben wir uns ein Jahr intensiv mit den verschiedensten Themen beschäftigt, die wir in der nächsten Legislaturperiode weiterführen, abschließen oder anstoßen möchten. Dabei haben wir uns zu unseren fünf Kernthemen die folgenden Fragen gestellt:

1. Kann es gelingen **sozialen und finanzierbaren Wohnraum** zu schaffen, ohne neue Flächen zu erschließen?
2. Kann Landau **klimaneutral** werden und dabei alle Menschen mitnehmen?
3. Kann eine Infrastruktur in den **Staddörfern** erhalten bleiben, obwohl die Ortskerne teilweise sanierungsbedürftig sind und die verbliebenen Geschäfte aktuell um ihren Fortbestand kämpfen?
4. Kann die **Innenstadt** ein Anziehungspunkt bleiben, auch wenn Einzelhandelsgeschäfte schließen müssen?
5. Kann das **kulturelle Angebot** in Landau, auch das Angebot in der Nacht, weiterentwickelt werden, ohne dass der Streit mit den Anwohner*innen eskaliert?

Darüber hinaus haben wir uns mit vielen weiteren Themen auseinandergesetzt. Unsere Positionen haben wir in dieser Langfassung ausformuliert. Nach Innen gibt uns das einen roten Faden für unsere kommunalpolitische Arbeit. Nach Außen wird damit deutlich, wofür wir im Kern stehen und dass sich das auch in anderen Themen niederschlägt.

Unser Anspruch war es nicht, dass das Programm eine perfekte Struktur hat, stattdessen haben wir uns darauf fokussiert, Positionen zu formulieren. Diese Positionen können uns in der Zukunft leiten, wenn wir als SPD mit unserer Vielfalt und manchmal auch unterschiedlichen Meinungen unsere rote Linie wiederfinden müssen. Aus diesen Positionen werden wir für den Wahlkampf auch ein leicht leserliches und übersichtliches Kurzprogramm erstellen.

Das Redaktionsteam

Paule Albrecht, Jennifer Braun, Klaus Eisold, Thomas Flocken, Henrike Ingenthron, Hannes Kopf, Hubert Lachenmaier, Florian Maier und Saskia Scholten

INHALTSVERZEICHNIS

Wir stehen für Bürgerbeteiligung!	4
Fünf Kernthemen, die wir voranbringen wollen.	5
1. Soziale Wohnungsbaupolitik und Stadtentwicklung	5
2. Klima, Umwelt & Energie.....	8
3. Stadtdörfer, Landwirtschaft und Weinbau.....	10
4. Innenstadt	11
5. Kultur.....	12
Unser roter Faden durch Sozial-, Mobilitäts-,	13
Wirtschafts- und Finanzpolitik	
1. Sozialer Zusammenhalt.....	13
2. Bildung	15
3. Gesundheit.....	16
4. Mobilität	18
5. Wirtschaft und Tourismus	20
6. Finanzen	21

**WIR STEHEN FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG!**

Was ist das Problem?

Die bisherigen sogenannten Bürgerbeteiligungen in Landau waren in der Regel Informationsveranstaltungen der Verwaltung, die zum Ziel hatten, den Weg der Dezernenten vorzustellen und letztendlich absegnen zu lassen. Dadurch fühlte sich ein Teil der Bürger*innen nicht ernst genommen und zu Statisten herabgesetzt. Nun ist es selten möglich, eine Lösung zu finden, mit der alle Betroffenen hundertprozentig zufrieden sind. Aber es gibt Verfahren der Bürgerbeteiligung, die es ermöglichen, **echte Kompromisse** zu finden, bei denen das Gemeinwohl einer Stadt nicht von Individualinteressen überlagert wird und nebenbei noch Konflikte befrieden kann.

Was sind unsere Forderungen?

Wir fordern, dass sich die Stadt Landau offensiv für Bürgerbeteiligung einsetzt. Dazu stehen verschiedene Methoden zur Verfügung. Nicht alle müssen eingesetzt werden, jedoch sollte je nach Thema geprüft werden wie Beteiligung tatsächlich erreicht werden kann.

In Landau existiert ein Leitfaden zur Bürgerbeteiligung. Unsere Mindestanforderung ist eine konsequente Umsetzung dieses Leitfadens. Dazu gehört so wie vom Stadtrat beschlossen die Ausstattung einer vollen Personalstelle für die Bürgerbeteiligung. Auch die anderen Beiräte in der Stadt Landau, den Beirat für Migration und Integration, den kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, den Beirat für ältere Menschen, den Jugendbeirat und den Kulturbeirat, können dem Stadtrat über die Teilnahme an Sitzungen hinaus beratend zur Seite stehen.

Ergänzend befürworten wir die Nutzung von so genannten Planungszellen. Eine solche haben wir für die Verkehrsführung auf der Wollmesheimer Höhe bereits beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt. Wir werden an die grundsätzliche Bereitschaft das Konzept bei anderen Vorhaben umzusetzen anknüpfen und den Einsatz von Planungszellen auch in Zukunft fordern.

WAS IST EINE PLANUNGSZELLE?

*Eine Planungszelle (nach Dienel) ist eine Gruppe von zufällig ausgewählten Bürger*innen, deren Anzahl zuvor festgelegt wird. Für drei oder vier Nachmittage bis hin zu Tagen, je nach Umfang des Themas, kommen die ausgewählten Bürger*innen zusammen, um in der Gruppe Empfehlungen zu einer bestehenden Fragestellung zu erarbeiten. Falls notwendig wird eine Freistellung vom Arbeitsplatz erwirkt und der Verdienstausschlag ausgeglichen sowie ggfls. eine Kinder- oder Angehörigenbetreuung organisiert. So wird ermöglicht, dass sich Menschen beteiligen können, die sich an den bisherigen Formaten aus beispielsweise beruflichen oder familiären Gründen nicht beteiligen konnten. Die Ergebnisse der Beratung in der Gruppe der Bürger*innen werden als Empfehlungen in einem sogenannten Bürgergutachten zusammengefasst und den politischen Entscheidungsträger*innen als Beratungsgrundlage zur Verfügung gestellt. Zuvor werden die Teilnehmer*innen thematisch von Expert*innen und Vertreter*innen relevanter Interessengruppen informiert, wobei möglichst alle relevanten Meinungen vertreten sein sollen. Vor allem Betroffene können*

*und sollen in diesem Prozess von den Bürger*innen gehört werden. Die Durchführung wird von einem neutralen Träger betreut, der eine unabhängige und effiziente Umsetzung sicherstellt. Die Verwaltung nimmt lediglich eine informierende Rolle ein. Echte Bürgerbeteiligung kostet Geld und kann nicht bei jeder Maßnahme eingesetzt werden, aber gerade bei Themen bei denen verschiedene Interessen aufeinandertreffen, hat sich die Planungszelle bewährt.*

Wir wollen, dass zukünftig besonders konfliktreiche Themen der Quartiers- und Stadtentwicklung in Planungszellen vorbereitet werden, bevor die städtischen Gremien damit befasst werden.

Neben der Planungszelle sollen auch offene Formate der Bürger*innenbeteiligung eingesetzt werden. Beispielweise bieten Zukunftswerkstätten eine gute Methode der Beteiligung. Diese Methode eignet sich für Gruppen bis 150 Personen und wird gerade in Prozessen, Projekten, die am Anfang stehen Erfolge bringen. Bürger*innen haben bei diesem Format die Möglichkeit, Stärken und Schwächen zu benennen und Perspektiven zu entwickeln. Auch die Open Space Methode ist für große bis sehr große Gruppen geeignet, um in kurzer Zeit Fragestellungen zu bearbeiten. In der Regel sind Themen oder Handlungsfelder vorgegeben, die vertieft werden sollen. Weitere kreative Methoden sind das World-Café zur Vertiefung bereits definierter Handlungsfelder oder Mind-Map als eine Art Brainstorming. Bei kleineren Projekten ist es wichtig, die Zielgruppe oder die Betroffenen zu beteiligen, so sollte z.B. kein Spielplatz ohne die Expertise von Kindern entstehen.

Insbesondere bei Anträgen auf Befreiungen von Bebauungsplänen fordern wir, dass zukünftig die Nachbarschaft verpflichtend beteiligt werden muss. Aus unserer Sicht sind die derzeitigen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend. Die Mitglieder des Stadtrates sollen die Ansichten der direkt Betroffenen kennen, bevor die Pläne in den städtischen Gremien beraten werden. Die Arbeit des Beteiligungsrates soll davon unbenommen bleiben. Die Leitlinie zur Bürgerbeteiligung muss endlich konsequent umgesetzt und in Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat evaluiert und weiterentwickelt werden. Es gilt den Beteiligungsrat in seiner Arbeit zu stärken. Wir können uns vorstellen, dass dieser zukünftig nicht nur darüber berät, wie Verfahren zur Bürgerbeteiligung gestaltet sein sollen, sondern dieser selbst zu bestimmten Themen inhaltlich Stellung nehmen kann, Anhörungen mit Betroffenen oder Experten organisiert und auch die Möglichkeit besteht Vor-Ort-Termine zu veranstalten.

**FÜNF KERNTHEMEN,
DIE WIR VORANBRINGEN
WOLLEN**

1. SOZIALE WOHNUNGSBAUPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Wir sind der Meinung:

Landau ist eine attraktive Stadt. Die Nähe zu den Ballungsräumen Karlsruhe und Mannheim, eine gute Infrastruktur, eine Universität, prosperierende Unternehmen und nicht zuletzt die herrliche Landschaft der Pfalz führen zu einem stetigen Bevölkerungswachstum. Die Kehrseite der Medaille ist der permanent angespannte Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten und Immobilienpreisen.

Landaus Strategie durch die Entwicklung und den Verkauf von Bauflächen Wohnraum durch Investoren schaffen zu lassen bietet keine langfristige Lösung und funktioniert nur so lange, wie ständig neu gebaut wird. Aber wohin soll Landau wachsen?

Der Markt versagt und benötigt Maßnahmen und Regelungen, denn ein Dach über dem Kopf ist für uns alle eine Lebensgrundlage.

Wie wollen wir sozialen und bezahlbaren Wohnraum sicherstellen?

Aus unserer Sicht benötigt Landau eine starke soziale Wohnungsbaupolitik, die:

- langfristig bezahlbaren Wohnraum sichert und zur Verfügung stellt
- soziale Durchmischung fördert und Ghettobildung verhindert
- verschiedenste Altersgruppen, Lebensstile und Familienformen berücksichtigt
- öffentliche Räume als Treffpunkt und für Aktivität begreift und gestaltet
- neue Stadtquartiere gemeinwohlorientiert entwickelt
- bestehende Quartiere für die Bewohner verträglich weiterentwickelt

Aus unserer Sicht ist das mittelfristige Ziel, dass die Stadt Landau kontinuierlich den eigenen Wohnungsbestand ausbaut, um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten. Wir streben für diesen Zweck weiterhin eine **kommunale Wohnungsbau-gesellschaft** an. Vorausgesetzt es ergeben sich neue finanzielle Spielräume soll der Bestand an kommunalen Wohnraum erhöht werden. Aktuell ist der Bestand an stadteigenem Wohnraum noch zu gering, um eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft auf ein stabiles Fundament stellen zu können. Als zweite Säule sollen gezielt gemeinnützige Wohnbauträger gewonnen werden. Bei Grundstücksvergaben an Bauträger soll die Konzeptvergabe vorrangig angewandt werden und dabei die soziale Nachhaltigkeit wesentlicher Bestandteil sein – Nutzerkosten, Alltags-tauglichkeit der Architektur, gemeinschaftsbildende Maßnahmen, Barrierefreiheit, Flexibilität im Hinblick auf unterschiedliche Lebensphasen.

Die **Erbpacht** kann ein Mittel sein, um städtische Grundstücke im eigenen Besitz zu halten und günstigen Wohnraum herzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe von Grundstücken die Option des Erbpachtprinzips priorisiert wird, wenn es sinnvoll ist. Erbpacht wird auch als Förderinstrument für sozialen Wohnraum und genossenschaftliches Wohnen eingesetzt. Die Stadt sollte ihr **Vorkaufsrecht** deutlich häufiger als bisher **strategisch nutzen**, um den Einfluss auf die Entwicklung von größeren Gebieten im Sinne der gesamten Stadtentwicklung besser gestalten zu können.

Darüber hinaus möchten wir innovative Wohn- und Quartiersprojekte fördern, zum Beispiel Wohn-Pflege-Gemeinschaften oder Wohnen im Alter. Das **Projekt „Wohnen für Hilfe“** ist ein beispielhaftes Projekt vom Seniorenbüro. Ältere Menschen können ein Zimmer gegen Hilfe anbieten.

Wie wollen wir mit Leerstand umgehen?

Landau kann sich Leerstand nicht leisten, ganz gleich ob bei Gewerbe- oder Wohnräumen. Die Gründe für Leerstände sind individuell und vielfältig. Die Stadtverwaltung muss eine aktive Rolle bei der **Verminderung von Leerstand** spielen, wozu die **Stelle eines Leerstandslotsen** eingerichtet werden soll. Dieser soll aktiv auf die Eigentümer*innen von Leerstandsimmobilien zugehen, diese bei der Reaktivierung des Wohn- oder Geschäftsraums unterstützen, in Sanierungs- und Finanzierungsfragen beraten und Zwischennutzungskonzepte umsetzen.

Die **Zweckentfremdungssatzung** ist für uns das richtige Instrument, um zukünftig leerstehenden Wohnraum wieder reaktivieren zu können. Die Umsetzung der Satzung, die dadurch gewonnen Informationen über Leerstand und der benötigte personelle Aufwand müssen nach einem Jahr genau evaluiert werden, damit gegebenenfalls nachjustiert werden kann. Sollte es perspektivisch die Möglichkeit geben unbebaute Grundstücke zu besteuern, stehen wir auch diesem Instrument offen gegenüber. Wir stehen dazu, dass Eigentümer*innen zukünftig finanziell belastet werden können, wenn sie grundlos ihren Wohnraum nicht zur Verfügung stellen, während Menschen in unserer Stadt dringend auf diesen Wohnraum angewiesen sind.

WAS IST EINE ZWECKENTFREMDEUNGSSATZUNG?

*Mit dieser Satzung bekommt die Stadt zunächst die Möglichkeit Daten zum Leerstand von Wohnraum in Landau zu erheben. Diese Daten braucht die Stadt, um zielgerichtet gegen Leerstand vorgehen und die richtigen Beratungsangebote entwickeln zu können. Mit der Satzung wird Leerstand, der länger als sechs Monate besteht, zukünftig genehmigungspflichtig sein. Jeder Einzelfall wird von der Verwaltung sorgfältig betrachtet und festgestellt, ob der Leerstand begründet ist oder nicht. Ist er nicht begründet und somit nicht genehmigungsfähig, gibt es für die Eigentümer*innen zunächst die Möglichkeit Ausgleichswohnraum zu schaffen oder eine Ausgleichszahlung zu leisten. Erst wenn die Eigentümer*innen weder zu der einen noch zu der anderen Möglichkeit des Ausgleichs bereit sein sollten, dann kann die Verwaltung Bußgelder verhängen. Ziel der Zweckentfremdungssatzung ist es also nicht pauschal für jeden Leerstand Bußgelder zu verhängen. Im Fokus steht die Reaktivierung von Leerstand als Wohnraum und die Nutzung dieses großen Potenzials.*

Wie wollen wir Bestand erhalten und Nachverdichtung gestalten?

In Landau gibt es zu viele Gebiete, in denen ohne Restriktionen gebaut werden kann, da es keinen gültigen Bebauungsplan oder Satzung gibt. Der § 34 BauGB schafft es leider häufig nicht, den gebietstypischen Charakter zu bewahren, was in vielen Fällen zu Diskussionen führt. **Wir wollen, dass alle Quartiere der Stadt Landau einen eigenen Bebauungsplan oder eine eigene Satzung bekommen.**

Außerdem wollen wir mehr städtebauliche Sanierungsgebiete. Eine besondere Form der Sanierung ist das „vereinfachte Verfahren“, das besonders für Stadtdörfer interessant ist. Beim vereinfachten Sanierungsverfahren geht es vor allem darum, den baulichen Bestand im Sanierungsgebiet durch z.B. Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden zu verbessern.

- Der entscheidende Vorteil bei diesem Verwaltungsverfahren: Nach der Sanierung kommen keine Kosten (Ausgleichsbeträge) auf die Grundstückseigentümer zu.
- Dieses Sonderverfahren ist für Grundstückseigentümer auch deshalb interessant, weil sie Investitionen für bauliche Modernisierung und Instandsetzung steuerlich deutlich höher abschreiben können (90% der Sanierungskosten auf 10 Jahre).

Erforderlich für diese Abschreibungsmöglichkeit ist dann lediglich eine Modernisierungsvereinbarung zwischen Grundstückseigentümer und Gemeinde, die Art und Umfang der baulichen Sanierungsarbeiten beschreibt.

Es ist ebenfalls anzustreben, dass auch Sanierungsprogramme von Bund und Land wie „Lebendige Zentren – Aktive Stadt“, das bisher bereits in der Innenstadt genutzt wird, mit der Zielrichtung, Orts- und Stadtkerne zu erhalten und zu entwickeln oder „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Nachhaltige Stadt“ mit der Zielrichtung, lebenswerte Quartiere zu gestalten auch für andere Stadtteile und Stadtdörfer geprüft und ggf. beantragt werden.

2. KLIMA, UMWELT & ENERGIE

Was sind die Schwierigkeiten auf dem Weg zur Klimaneutralität?

Die angespannte Haushaltslage macht Investitionen schwierig, auch im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Gleichzeitig haben wir keine Zeit zu verlieren, wenn wir den Klimawandel aufhalten möchten. Deshalb ist es unerlässlich Projekte sinnvoll zu priorisieren. Aktuell bilanziert die Verwaltung ihre ergriffenen Maßnahmen nicht. Zukünftig muss aber genau das passieren, damit wir kontrollieren können, wo wir bei der Einhaltung unserer Klimaschutzziele stehen und die richtigen Schritte ergreifen können. Ein Projekt, was aus unserer Sicht beispielsweise endlich priorisiert werden muss, ist die nachhaltige Beschaffung, die bislang von der Verwaltung noch nicht umgesetzt wird. Damit für die Themen Klimaschutz, Umweltschutz und Energiewende mehr Bewusstsein entsteht, muss die Stadt in Zukunft die Zusammenarbeit mit externen Akteuren, wie z.B. der Universität, der Zooschule oder dem Weltladenverein intensivieren, neuen Umweltbildungsangebote anstoßen und dazu noch stärker das Potenzial des Stadtwaldes oder der Queich-(wiesen) nutzen.

Was wollen wir trotz dieser Schwierigkeiten in Angriff nehmen?

Klimaneutrale und kosteneffiziente Wärmeversorgung

Das Wärmeplanungsgesetz der Bundesregierung gibt klar vor, dass Landaus Wärmenetz bis 2040 zu mindestens 80% aus erneuerbaren Energien bestehen muss. Die Planung hierzu muss möglichst zeitnah und gründlich erfolgen, denn in diesem Bereich besteht ein großes Einsparpotenzial von Emissionen. Wir sorgen dafür, dass für jedes Viertel und jede Bebauungsform eine möglichst passgenaue Lösung gefunden wird. Diese Lösungen müssen Ergebnis einer umfassenden **Potenzialanalyse verschiedener möglichst klimaneutraler Energieträger** sein. Beim Umbau der Wärmenetze werden wir dafür sorgen, dass die Heizkosten für die Endverbraucherinnen und -verbraucher möglichst stabil und gering bleiben. Insbesondere Mieterinnen und Mieter dürfen durch mögliche Ausbaurkosten nicht über Gebühr belastet werden. **Die Infrastruktur eines kommunalen Fernwärmenetzes soll dabei möglichst in kommunaler Hand verbleiben.** Wir möchten unabhängig von Gas und Öl und gleichzeitig keine neuen Abhängigkeiten von einem einzelnen Energieträger oder einem Energieversorgungsunternehmen entstehen lassen. Unter diesen Paradigmen stehen wir den verschiedenen Möglichkeiten zur klimaneutralen Wärmegewinnung offen gegenüber, auch der Geothermie. Sollte es zu einer geothermischen Wärmeherzeugung kommen, müssen die Risiken minimiert werden, Haftungsfragen im Schadensfall geklärt sein und ein ausreichender Versicherungsschutz bei den Betreibern vorliegen.

Darüber hinaus ist der Lärmschutz sicherzustellen. Losgelöst von der Frage der Lithium-Gewinnung unterstützen wir deshalb eine Verlagerung des Kraftwerks in das neue Gewerbegebiet, da so die Interessen der Anwohnenden besser gewahrt werden können – vorausgesetzt der Flächenverbrauch bleibt möglichst gering und ein Rückbau der bestehenden Anlage ist (teilweise) möglich. Zukünftig muss die Stadt ihre Beratungsmöglichkeiten ausbauen und Eigentümer*innen bei der Umstellung ihrer Heizung auf klimaneutrale Systeme beratend unterstützen.

Die Stadt als Stromproduzentin

Die Stadt besitzt noch einige ungenutzte Potenziale bei der klimaneutralen Stromversorgung. Alle Möglichkeiten Windkraft in Landau zu nutzen, müssen fortlaufend geprüft werden und bei positiver Prüfung auch realisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Windkraft im stadt-eigenen Wald gewonnen werden kann. Auf jedem städtischen Dach muss schnellstmöglich eine Photovoltaikanlage errichtet sein, auch auf denkmalgeschützten Gebäuden. Die Stadt wird prüfen, ob Pachtmodelle oder Mieterstrommodelle sich eignen, um die Mieter*innen der städtischen Wohnungen kostengünstig mit klimaneutralem Strom versorgen zu können. Über die Energie Südwest sollen zukünftig verstärkt Pachtmodelle auch für private Dächer angeboten werden. Potenziale für Freiflächenphotovoltaik sind zeitnah zu ermitteln. Unter Beteiligung der Bürger*innen werden wir diese Potenziale realisieren. Das Errichten von Windkraft- und Photovoltaikanlagen erfordert teilweise hohe Investitionen, die sich jedoch über die Jahre hinweg rechnen werden. Sollten die Investitionen dennoch nicht durch den Haushalt abdeckbar sein, müssen die EnergieSüdwest und/ oder Energiegenossenschaften bzw. Energiegesellschaften in die Finanzierung und Umsetzung eingebunden werden. Das Errichten von Photovol-

taikmodulen auf städtischen Flächen kann dann beispielsweise durch sogenannte Contracting-Modelle ermöglicht werden.

Die Stadt wird die rheinland-pfälzische Neuregelung in Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Dächern auch bei privaten Objektbesitzer*innen und -besitzern konsequent umsetzen. **Der Denkmalschutz muss hierbei gegenüber dem Klimaschutz zurücktreten.** Alle Restriktionen müssen konsequent abgebaut werden. Weiterhin unterstützen wir die Bürger*innen durch eine Beratung. Diese soll sich zukünftig nicht nur auf Hausbesitzer*innen beschränken, sondern auch gezielt Mieter**innen ihre Möglichkeiten bei der klimaneutralen Stromversorgung aufzeigen wie beispielsweise das Errichten einer Balkon-Photovoltaikanlage.

Starkregen- und Hitzevorsorge

Immer öfter belasten uns Extremwetterereignisse, vor allem Starkregen- und Hitzeereignisse. Besonders betroffen sind Stadtviertel, die stark versiegelt sind oder mit mehreren Mehrfamilienwohnhäusern eine dichte Wohnbebauung aufweisen, wie es beispielsweise im Horst oder der Innenstadt der Fall ist. Die Stadt muss deshalb vorsorgen, damit die Folgen dieser Ereignisse möglichst gering bleiben. Es muss ein Hitzeaktionsplan erstellt werden, der insbesondere die Bedürfnisse von Personengruppen in den Fokus nimmt, die besonders durch Hitze gefährdet sind, wie ältere Menschen oder (Klein-)Kinder. Dazu gehört auch ein Netzwerk an Trinkbrunnen und Wasserzerstäubern zu installieren sowie ausreichend schattige Sitzplätze zu schaffen. Eine aktive Entsiegelung von Flächen sowie die Pflanzung von Bäumen und Berankungen kann zur Abkühlung beitragen und Schatten spenden. Gleichzeitig führt eine Entsiegelung von Flächen im Sinne der Schwammstadt bei Starkregenereignissen dazu, dass mehr Regenwasser versickern und gespeichert werden kann und somit weniger Überschwemmungen entstehen. Oftmals besteht jedoch ein Zielkonflikt zwischen der bisherigen Nutzung und Funktion des öffentlichen Raums und der Flächenentsiegelung. Es braucht deshalb für jedes Quartier und stadtübergreifend ein Konzept zur Flächenentsiegelung, das gestalterische, funktionale und klimatische Anforderungen unter Einbezug der Bürger*innen in Einklang bringt. Erste Umgestaltungen stellen wir uns in der Innenstadt, auf dem Rathausplatz und dem Danziger Platz vor. Darüber hinaus setzen wir uns für gezielte Renaturierungsmaßnahmen entlang der Gewässer wie z.B. Queich und Birnbach ein. Die Gewässerpflege muss zukünftig wieder gewissenhaft durchgeführt werden, was ebenfalls einen Beitrag zum Hochwasserschutz darstellt. Das städtische Hochwasserschutzkonzept wird fortlaufend analysiert und in Hinblick auf neue Maßnahmen überarbeitet. Bei der Planung neuer Wohn- und Gewerbegebiete muss der Hochwasserschutz von Beginn an eine zentrale Rolle einnehmen und auch die Auswirkung der Bebauung auf die umliegenden Gebiete einbezogen werden, wie beispielsweise beim Gewerbegebiet D12.

Wir prüfen, ob die Stadt Landau das Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Lebenswerte Quartiere gestalten“ einwerben kann. Es hilft Städten und Gemeinden dabei, ihre baulichen Strukturen und den öffentlichen Raum an neue und sich ändernde Bedarfe anzupassen. Im Sinne einer nachhaltigen Erneuerung geht das Programm über das bisherige Programm Stadtbau hinaus. Es setzt einen Schwerpunkt bei der Brachflächenentwicklung zur Unterstützung des

Wohnungsbaus bzw. zur Entwicklung neuer Quartiere. Umweltbezogene und ökologische Aspekte wie die z.B. die Klimafolgenanpassung sollen noch stärker berücksichtigt werden. Hierzu gehören Maßnahmen der wassersensiblen Stadt- und Freiraumplanung, zur Reduzierung des Wärmeinseleffektes oder die Verbesserung des öffentlichen Raums, des Wohnumfeldes und der privaten Freiflächen.

3. STADTDÖRFER, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Als größte weinbautreibende Gemeinde Deutschlands profitiert Landau von seinen acht Stadtdörfern Arzheim, Dammheim, Godramsteim, Nußdorf, Mörlheim, Mörzheim, Queichheim und Wollmesheim, die überwiegend ländlich geprägt sind. Es ist uns wichtig, den **Charakter** der Dörfer zu bewahren und ihnen dabei zu helfen, ihr **Dorfleben** zu **erhalten**. Dazu gehört auch der Erhalt der Infrastruktur (z.B. Geldautomaten, Briefkästen). Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion ist es zum Beispiel gelungen, dass den Stadtdörfern knapp 50.000 Euro aus den Mitteln der Corona-Sonderzahlung des Landes zur Verfügung gestellt wurden. Die derzeitige Struktur mit eigenen Mitarbeiter*innen des Stadtteilservice, Mitarbeiter*innen in den Ortsvorsteherbüros sowie die Budgets darf nicht angetastet werden.

Die von den Dorfgemeinschaften entwickelten Leuchtturmprojekte im Modellprojekt „**Kommune der Zukunft**“ müssen mittelfristig umgesetzt werden. Es ist ein großer Gewinn, dass Landau als erste kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz von der Möglichkeit profitiert, **Projekte im Rahmen des rheinland-pfälzischen Stadtdörferprogramms** zu entwickeln. In Mörzheim konnte beispielsweise die Hälfte der Kosten für das neue Dorfgemeinschaftshaus durch die Fördermittel des Landes finanziert werden.

Die Dörfer identifizieren sich stark mit den historischen Ortskernen. In jedem Stadtdorf, in dem das noch nicht geschehen ist, sollen **Sanierungsgebiete** ausgewiesen werden, damit städtebauliche Missstände beseitigt werden können und es attraktiv wird, Bestandsgebäude zu sanieren.

Die Landwirtschaft und der Weinbau spielen in den Stadtdörfern eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt der Titel als größte weinbautreibende Gemeinde in Deutschland zeigt, dass vor allem die Rebflächen unsere Landschaft prägen. Wir wollen einen **Beirat für Landwirtschaft und Weinbau** einführen, da die Landwirtschaft von vielen Entscheidungen der städtischen Politik – beispielsweise aufgrund von Flächenkonkurrenzen, bei der Einrichtung von Radwegen oder bei der Diskussion zur pestizidfreien Kommune – direkt betroffen ist.

Neben der Weiterentwicklung der Struktur der Stadtdörfer ist aus unserer Sicht die **interkommunale Zusammenarbeit** weiter voranzutreiben. Die Stadt Landau arbeitet bereits intensiv mit dem Landkreis Südliche Weinstraße und dem Landkreis Germersheim zusammen. In einigen Bereichen sind die Kooperationen bereits sehr erfolgreich, zum Beispiel im Brand- und Katastrophenschutz. Die erfolgreiche Zusammenarbeit möchten wir ausweiten. Möglichkeiten gäbe es zum Beispiel in der Entwicklung von Synergien im Bereich Mobilität, der EDV, des Datenschutzes, der IT-Sicherheit und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

4. INNENSTADT

Wie sieht es aktuell aus?

Die Innenstadt ist ein zentraler **Anziehungspunkt** für Menschen aus der gesamten **Südpfalz** und hat eine hohe Bedeutung für den Tourismus in Landau. Auch unsere Innenstadt steht unter Druck.

Wie sollte es aus unserer Sicht weitergehen?

Es ist zwingend notwendig, dass das Landauer **Einzelhandelskonzept** überarbeitet wird. In seiner derzeitigen Form kann es der Stadt nicht dabei helfen, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren. Nicht jedes Einzelhandelsgeschäft wird sich halten können, weshalb dieser **Transformationsprozess strategisch und zielgerichtet** gestaltet werden muss. Es braucht Konzepte, wie nicht mehr genutzter Gewerberaum neu genutzt werden kann, zum Beispiel als Sozial- oder Begegnungsraum, als Coworking-Space oder als Wohnraum. Das Potenzial leerer Räume muss genutzt werden, sonst ziehen diese ihr ganzes Umfeld in Mitleidenschaft. Zudem schaffen auch soziale Räume Frequenz, von der der Einzelhandel profitieren kann.

Die Innenstadt ist nicht nur Einkaufs- sondern auch **Kommunikations- und Aufenthaltsraum**. Es ist gut, dass in der Innenstadt inzwischen zusätzliche Sitzbänke aufgestellt wurden. Daran möchten wir anknüpfen und den Abstand zwischen den Sitzgelegenheiten durch zusätzliche Sitzbänke weiter verkleinern und auch Wege, die zur Innenstadt führen dabei berücksichtigen. Sportgeräte oder weitere Spielpunkte könnten außerdem die Attraktivität durch mehr **Interaktivität** und **Kinderfreundlichkeit** steigern. Auch **öffentliche Räume ohne Konsumzwang** sind für eine lebenswerte Innenstadt wichtig, um verschiedene Nutzungen ausgewogen zu berücksichtigen. Diese werden sowohl im Außen- als auch im Innenbereich benötigt.

Die Lebensqualität der Anwohner*innen leidet enorm, wenn vor allem nachts rücksichtslos über das Kopfsteinpflaster gefahren wird. Auch Lärm ist ein Problem, der durch den Park- und Suchverkehr (siehe Anwohnerparken im Kapitel Mobilität) oder durch das Nachtleben (siehe Feiernde und Anwohnende im Kapitel „Kultur“) zustande kommt. Das Durchfahrtsverbot für nichtberechtigte Autofahrer muss zu jeder Tages- und Nachtzeit durchgesetzt werden, zum Beispiel durch Poller. Gleiches gilt für den Radverkehr tagsüber.

In der Fußgängerzone muss noch deutlich mehr **Bodenbelag barrierefrei** gestaltet werden. Außerdem braucht es mehr öffentliche Toiletten, zum Beispiel an Spielplätzen, Sportanlagen, die für alle zugänglich sind.

5. KULTUR

Kulturpolitik muss auf alle Bürger*innen unserer Stadt ausgerichtet und Kulturangebote müssen leicht zugänglich sein. Städtische Kulturpolitik ist ein wachsender Prozess und wir nehmen uns der Aufgabe an.

Die Etablierung der Angebote der **Kulturloge** ist daher nach wie vor ein wichtiger Bestandteil unserer Kulturpolitik. Wir begrüßen, dass durch die jetzige Ausrichtung des städtischen Kulturprogramms der Kulturbeirat die **freie Szene** besser fördern kann und eine finanzielle Unterstützung der freien Szene stattfindet. Die Vielfalt der **Fete de la musique** wollen wir in ihrer bisherigen Form ebenso erhalten wie die **Kunstnacht** in der Breite der Darstellungsformen und -orte. Mit der Kunstnacht hat das **Kulturnetz** Landau 2023 erstmalig ein weiteres kulturelles Highlight veranstaltet und das mit viel ehrenamtlichen Engagement. Hier kann und soll die Stadt zukünftig stärker unterstützen.

WAS IST DIE KULTURLOGE?

*Die Kulturloge hilft Menschen mit geringem Einkommen, am kulturellen Leben in unserer Stadt teilhaben zu können. Die Kulturloge Landau vermittelt daher kostenlose Eintrittskarten für Theater, Konzerte, Musical- oder Opernaufführungen, Lesungen, Kabarett, Kindertheater etc. verschiedener Anbieter kultureller Veranstaltungen in Landau. Interessierte Bürger*innen können sich über ihre Sozialpartner (z.B. Sozialamt, Arbeitsagentur) oder direkt bei der Kulturloge anmelden. Die Kulturloge meldet sich, sobald Eintrittskarten aus deren Interessengebiet zur Verfügung stehen. Die Vermittlung der Karten erfolgt diskret und niemand außer den Betroffenen erfährt, dass es sich um Karten der Kulturloge handelt.*

Wie kann das kulturelle Angebot in Landau weiterentwickelt werden?

Weitere Schritte einer institutionalisierten Unterstützung für die freie Szene innerhalb der Stadtverwaltung halten wir weiterhin für wichtig. Zukünftig soll die freie Szene auch dadurch gefördert werden, dass bei Kulturevents der freien Szene keine Gebühren für die Sondernutzung der öffentlichen Fläche verlangt werden. Dies gilt vor allem für nicht-kommerzielle Events wie die Kunst- oder Kunstnacht.

Ein Kulturangebot für junge Menschen liegt uns ebenfalls am Herzen. Die Stadtverwaltung soll Kulturprojekte in Zusammenarbeit mit Jugendlichen – zum Beispiel dem Jugendbeirat – initiieren. Denkbar wäre z.B. ein Mondnachtschwimmen im Freibad oder ein kleines (Musik-) Festival in einem Park.

Zu einer lebendigen Kulturlandschaft in einer Universitätsstadt gehört auch die Nachtkultur. Leider müssen wir feststellen, dass es das Nachtleben in Landau in den vergangenen Jahren immer schwerer hat. Wir begrüßen es, dass unser Vorschlag zur Einrichtung eines **Nachtkulturbeauftragten** von CDU und GRÜNEN nach langem Widerstand angenommen wurde. Aus unserer Sicht muss sich die/der Nachtkulturbeauftragte dann umgehend um die Erstellung eines Nachtkulturkonzeptes kümmern und in die Umsetzung bringen. Zu den Aufgaben des Nachtkulturbeauftragten muss auch gehören, Rücksichtnahme von Feiernden gegen-

über den Anwohnenden zu schaffen und gleichzeitig die Toleranz der Anwohnenden gegenüber Feiernden zu fördern. Dazu wollen wir eine öffentliche Kampagne. Mit der **Ausweisung von Kerngebieten** werden wir sicherstellen, dass auch zukünftig Clubs erhalten bleiben oder neu entstehen können.

Wir positionieren uns außerdem für die Denkmalpflege und unterstützen die wichtige Arbeit des Festungsbauvereins. Wenn möglich finden wir die Freilegung weiterer Teile der Festungsanlage wünschenswert. Eine engere Einbindung des Festungsbauvereins in das touristische Angebot des Büros für Tourismus wäre ein wichtiger Schritt.

**UNSER ROTER FADEN DURCH
SOZIAL-, MOBILITÄTS-,
WIRTSCHAFTS- UND
FINANZPOLITIK**

1. SOZIALER ZUSAMMENHALT

Was tun wir für den sozialen Zusammenhalt in Landau?

Unsere Stadt lebt von ihrer Vielfalt. Den sozialen Zusammenhalt gilt es daher zu stärken, da er die Grundvoraussetzung für mehr Zufriedenheit und Lebensqualität ist. In Landau sollen alle Menschen –unabhängig von Alter, Geschlecht, Sexualität, Ethnie, Religion, Herkunft oder Behinderung – selbstbestimmt leben können.

Dem gegenüber steht der Arbeits- und Fachkräftemangel, der im Sozialbereich besonders ausgeprägt ist und in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird. Die bisherigen Strategien (Zuwanderung, Qualifizierung) werden voraussichtlich nicht ausreichen, um die Stellen nachzubesetzen, was die Stadt vor Herausforderungen stellen wird.

Das von der SPD seit langem geforderte und nun erfolgreich eingeworbene **Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt** ist ein großer Erfolg. Auch auf unsere Initiative wurden der neue und der alte Horst als Kerngebiete für die Umsetzung des Programms ausgewählt, was aus unserer Sicht eine sehr gute Entscheidung war.

Die ersten Zahlen nach der Umstrukturierung des Familienpasses hin zum **LandauPass** zeigen, dass dieser Schritt richtig war. Trotzdem halten wir an der geplanten Evaluation fest. Nach Möglichkeit soll das Angebot des LandauPasses kontinuierlich um weitere Angebote erweitert werden.

Wir stehen für eine vielfältige Stadtgesellschaft, in der jeder und jede seinen bzw. ihren Platz hat, unabhängig von Herkunft, Religion und sexueller Orientierung. Es ist uns wichtig, dass gerade Menschen, die neu zuwandern, die Möglichkeit bekommen, unsere Werte kennenzulernen, um sich damit auseinandersetzen. Wir setzen uns dafür ein, Angebote in diesem Bereich auszubauen. Entsprechend gilt es Veranstaltungsformate wie die Landauer **Wochen gegen Rassismus**, welche bislang hauptsächlich von Landauer Vereinen getragen wurden, als Stadt zukünftig aktiver zu unterstützen. Die Einrichtung eines städtischen Fests der Kulturen wollen wir prüfen.

Den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern gilt es durch die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu fördern, die als rechtlich bindendes Dokument eine Gesamtstrategie erfordert. Diese zu entwickeln und einen entsprechenden Aktionsplan zu erarbeiten, ist Aufgabe der Stadt.

Dank der Hartnäckigkeit des kommunalen Beirats für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist Landau hier bereits auf dem richtigen Weg. Den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung gilt es fortzuschreiben und allen voran auch umzusetzen.

Das in Landau gelebte soziale Miteinander ist ohne Ehrenamt nicht möglich. Entsprechend wichtig ist, die gezielte Förderung und Erhaltung der ausgeprägten und vielfältigen Ehrenamtslandschaft, die **Koordinationsstelle Ehrenamt** gilt es entsprechend zu stärken, das Informationsangebot auszubauen und noch stärker

nach außen zu tragen. Ebenfalls werden wir nach Möglichkeit die Benutzungsendgelte der Dorfgemeinschaftshäuser für gemeinnützige Vereine wieder abschaffen, um zur Entlastung von Vereinen beizutragen.

Was möchten wir für die Integration von Geflüchteten tun?

Für die **Integration von Geflüchteten** gibt es keine einfachen Lösungen, da viele Entscheidungen bundes- oder sogar europapolitisch getroffen werden. Um kommunale Lösungen zu finden, laden wir betroffene Personenkreise und Institutionen (z.B., Kitaleitungen, Schulleitungen, Personal aus der Arbeitsagentur und dem Jobcenter, Ausländerbehörde, Sozialamt, ehrenamtliche Helfer*innen des Café Asyl) zu einem **runden Tisch** ein, um zu analysieren, was Schwierigkeiten sind und wie Lösungswege aussehen können.

Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten ist auch für Landau eine große Herausforderung, besonders da auch in diesem Bereich der Fachkräftemangel spürbar wird. Es gilt die Menschen dezentral unterzubringen und gezielt nach geeignetem Wohnraum zu suchen. Eine solche Unterbringung ermöglicht eine bessere Integration und wirkt einer Segregation entgegen. In Sammelunterkünften sollen durch entsprechende Sicherheits- und Vermittlungskonzepte Konflikte verringert werden. Gleichzeitig bedarf es einer besseren personellen Ausstattung von Ausländerbehörde und Sozialamt, zum Beispiel durch eine*n Mitarbeiter*in für anerkannte Geflüchtete, sowie einer stärkeren Vernetzung von ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit und Verwaltung. Damit soll sichergestellt werden, dass Menschen die vorhandenen staatlichen Hilfs- und Unterstützungsangebote besser kennen und nutzen können.

2. BILDUNG

Kitas und Schulen sind Orte des Aufwachsens und Lernen, in denen Kinder ihre Persönlichkeiten entwickeln und auf ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden sollen. Wir stehen für gleiche Bildungschancen für alle – das sollen Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte spüren.

Landau ist Schul- und Bildungsstadt mit 34 Kindertagestätten, davon vier Kitas in kommunaler Trägerschaft, und insgesamt 25 Schulen, deren Trägerschaft bei der Stadt liegt. Durch die Rheinland-Pfälzische Technische Universität wird die Bedeutung Landaus als Bildungsstandort zusätzlich unterstrichen. Während die Stadt in den kommunalen Kitas sowohl für das pädagogische Konzept, die personelle Ausstattung, als auch die Gebäude zuständig sind, beschränken sich die Zuständigkeiten bei den Schulen ausschließlich auf die Gebäude und die Schülerbeförderung. Die Schulen bzw. die Schulgemeinschaft entscheidet beispielsweise eigenständig, ob sie eine betreuende Grundschule oder eine Ganztagschule werden möchte. Die Stadt hat hier auf solche grundsätzlichen Entscheidungen, die das pädagogische Konzept und die schulische Ausrichtung betreffen, keine Einflussmöglichkeiten. Den kommunalen Handlungsspielraum möchten wir nutzen, um den Bildungsstandort Landau zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Wie schätzen wir die Lage in den Kitas ein?

Kein Instrument verringert Chancenungleichheiten so effektiv wie die frühkindliche Bildung in der Kita, weshalb eine gute Kitaplatz-Versorgung elementar ist. Landau erfüllt ihren Versorgungsauftrag im Vergleich zu anderen Städten gerade bei den 2 bis 6-jährigen Kindern sehr gut. Wir möchten das Niveau auf Dauer halten, auch wenn es schwierig wird: Der Fachkräftemangel macht sich bemerkbar und gleichzeitig wurde der Rechtsanspruch auf Betreuung ausgeweitet. Damit dieser Rechtsanspruch erfüllt werden kann, ist neben baulichen Maßnahmen dringend die Ausbildung und das Anwerben von Fachkräften notwendig

Damit die Anzahl der notwendigen Kitaplätze im U2-Bereich realistischer kalkuliert werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig Anfragen und Absagen dokumentiert werden und so der tatsächliche Bedarf ermittelt werden kann. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein einheitlicher Umgang mit dem Kitaportal gefunden wird. Trotzdem wollen wir weiterhin die analoge Anmeldemöglichkeit aufrechterhalten, um die Hürden so gering wie möglich zu halten. In Zusammenarbeit mit Eltern, den Kitas, ihren Trägern und der Verwaltung werden wir prüfen, ob Verbesserungen beim Anmeldeverfahren erzielt werden können. In anderen Städten erfolgt die Kitaplatzvergabe beispielsweise über einen Algorithmus, ein Punktesystem oder das Wohnortprinzip. Ziel soll sein, dass Aufnahmekriterien transparenter werden, die Planung verbessert wird und der Dokumentationsaufwand verkürzt werden kann. Ein Teil der fehlenden U2-Kita-Plätze wird aktuell durch das Angebot der Tagesmütter aufgefangen. Die bereits beschlossene Erhöhung der Zahlungen begrüßen wir. Diese ist aber noch nicht ausreichend für eine auskömmliche Alterssicherung. Wir setzen uns für eine weitere Erhöhung im Rahmen der Haushaltsberatungen ein.

Wie wollen wir die dringend notwendige Sanierung von Kitas und Schulen angehen?

Die Stadt muss weiterhin sicherstellen, dass alle Kitas und Schulen wo noch nicht geschehen saniert, modernisiert und wo nötig ausgebaut werden. Wir wollen dabei konsequent die Chancen nutzen, die uns die neue Schulbaurichtlinie des Landes bietet. Gemeinsam mit den Schulgemeinschaften sollen innovative und flexible Räumlichkeiten entstehen, die zu den pädagogischen Konzepten der Schulen passen.

Dazu soll ein Kita- und Schulkataster mit einer Prioritätenliste der kurz-, mittel- sowie langfristig notwendigen Baumaßnahmen sowie den Bedarf an Kita- und Schulausstattung. Diese berücksichtigen die Anforderungen, die infolge des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter auf die Stadt zukommen.

Zudem bedarf es eines umfassenden Kita- und Schulverkehrskonzeptes, um Elterntaxis einzudämmen und einen sicheren Fuß- und Radweg zu Kita und Schule zu gewährleisten.

Unsere Position zur Universität:

Fast zehn Prozent der Landauer Bevölkerung sind Studierende. Wir wollen eine bessere Vernetzung von Stadtgesellschaft und RPTU Kaiserslautern-Landau wieder fördern. Wir stehen konsequent hinter einem starken Standort in Landau. Den Universitätsausschuss möchten wir als Gremium stärken und diesen besser als bisher nutzen. Zum Beispiel in der Zusammenarbeit bei der Ausrichtung von Festen, dem Kulturangebot im Allgemeinen, aber auch in der Verwaltung, die von Forschung und Lehre unmittelbar profitieren kann, möchten wir die Zusammenarbeit besser nutzen. Gerade auch bei der aktiven Gestaltung von lokalen Transformationsprozessen, etwa im Bereich der Stadtentwicklung oder des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in Zusammenarbeit mit den Umweltwissenschaften. Im Gegenzug unterstützt die Stadt die Universität bzw. das Studierendenwerk im Rahmen ihrer Möglichkeiten beim Ausbau von Wohnheimplätzen und der Vermittlung von Zimmern für Studierende oder bei der Umsetzung des Projekts „Wohnen für Hilfe“ durch das Seniorenbüro Landau, das Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt vermittelt.

3. GESUNDHEIT

Wie ist die Versorgungslage in Landau aktuell?

Der Fachkräftemangel stellt uns vor große Herausforderungen. Ärzt*innen und Pflegekräfte stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Die medizinische Versorgung in den Stadtteilen und -dörfern wird zunehmend schwieriger. Auch die Landauer Krankenhäuser stehen unter Druck und die Finanzierung von Versorgungsleistungen stellt eine Schwierigkeit dar. Der kommunale Handlungsspielraum ist begrenzt.

Welche Ideen haben wir, um die Versorgung in Landau mittelfristig zu verbessern?

Bewegung

Im Sinne der *primären Prävention* (vor Krankheitsbeginn, z.B. Impfen) sind Bewegungsräume (Spielplätze oder Sportstätten) für Jung und Alt sinnvoll, die überall fußläufig erreichbar sind (niedrigschwellig) und die Menschen motivieren, sich zu bewegen. Wir setzen uns für die sukzessive **Renovierung der Sportstätten und Spielplätze** ein. Hier werden wir im Schwerpunkt den Ausbau und die Modernisierung der Spielplätze für Kinder in der Innenstadt, dem Horst und dem Malerviertel in den Blick nehmen. Bei der Umgestaltung des Horstsportplatzes wollen wir dem Wunsch der Anwohnenden nachkommen und dort eine Bewegungsfläche z.B. als Kleinspielfeld oder Multifunktionsfläche erhalten. Freie und organisierte Bewegungsangebote für ältere Menschen möchten wir gemeinsam mit den Pflegekassen und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportinitiativen begleitet durch den Seniorenbeirat entwickeln. Möglich wären zum Beispiel entsprechende Fitness-Geräte im öffentlichen Raum, die alle Menschen für eine systematische Gymnastik nutzen können. Insgesamt ist uns bei der Feststellung des genauen Handlungsbe-

darfs die Zusammenarbeit mit den Vereinen wichtig, um anschließend Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Zur Finanzierung regen wir die Prüfung verschiedener Förderprogramme an wie z.B. die Sportstättenförderung des Bundes.

Pflegekonferenz

Landau ist nach dem aktuellen Bericht zur Pflegestrukturplanung (2020) eine im Durchschnitt „jüngere“ Stadt, dennoch leben hier mehr Menschen mit Pflegebedürftigkeit (46 auf 1000) als im Durchschnitt von Rheinland-Pfalz (40 auf 1000). Fast jede zweite Person über 80 Jahre (450 auf 1.000) erhält pflegerische Leistungen. Unser ausdrücklicher Dank gilt allen Menschen, die im Bereich der Pflege arbeiten. Uns ist bewusst, wie groß diese täglichen Herausforderungen sind.

Die Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotslandschaft ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen. In Landau gibt es zum Beispiel keine Tagespflege am Wochenende, ein Nachtpflegeangebot ist nicht vorhanden und auch das Angebot im Bereich junge Pflege ist nicht ausreichend. Aufgrund des Mangels an Pflegekräften wird die Umsetzung erweiterter Pflegestrukturen nicht einfach.

Wir werden die Empfehlungen des vorliegenden Berichts zur Pflegestrukturplanung entsprechend des Beschlusses des Hauptausschusses vom 18. August 2020 umsetzen. Gleichzeitig wird die Fortschreibung des Berichtes in Auftrag gegeben. Die **regionale Pflegekonferenz** rufen wir zeitnah ein, um die weiteren Schritte zur **Umsetzung der Pflegestrukturplanung** mit den Beteiligten abzustimmen (z.B. Situation von Fachkräften (Pflege, Betreuung, ...) und Versorgungslücken (Tagespflege, Nachtpflege, Junge-Pflege, etc.) zu klären.

Kommunales Krankenhaus

Landau ist stolz auf das eigene kommunale Krankenhaus. Diskussionen rund um die Krankenhausentwicklung zeigen, dass es ein Unterschied macht, ob ein Krankenhaus sich in kommunaler oder privater Trägerschaft befindet. Diese wichtige Steuerungsmöglichkeit für das Allgemeinwohl möchten wir nicht aufgeben, weshalb wir uns mit allen Kräften für den Erhalt des städtischen Klinikums einsetzen. Nicht zuletzt, weil das städtische Klinikum ein wichtiger Arbeitgeber ist, dessen hochqualifizierten Kräfte wir langfristig an diesen Standort binden möchten. Das Vincentiuskrankenhaus ist mit Geburtshilfe und Kinderklinik für Landau und Umgebung ebenfalls von großer Bedeutung. Wir setzen uns für einen Erhalt der beiden Krankenhäuser ein und unterstützen auf kommunaler Ebene eine sinnvolle sich ergänzende Profilbildung.

(Mobiler) medizinischer und psychosozialer Dienst

Der Zugang zur psychosozialen und zur pflegerischen Versorgung ist eingeschränkt, da es in den Stadtdörfern keinen direkten Zugang zu diesen Angeboten gibt. Ähnliches gilt für städtische Wohnquartiere wie die Wollmesheimer Höhe oder das Malerviertel. Aus diesen Gründen verfolgen wir das Ziel, die Entwicklung eines **mobilen aufsuchenden Dienstes** in den Stadtdörfern und den großen städtischen Wohnvierteln anzustoßen. Zudem werden wir prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um Praxen in Landau für Fach- und Allgemeinmediziner*innen attraktiv zu machen.

4. MOBILITÄT

Was ist unsere Position?

Als SPD stehen wir für eine moderne Verkehrspolitik, die allen Bürger*innen, unabhängig von ihrem Einkommen, Mobilität ermöglicht. Mit dem integrierten Mobilitätskonzept hat sich Landau auf den Weg gemacht, unterschiedlichen Mobilitätsformen gerecht zu werden. Die SPD bekennt sich weiterhin zu dem Ziel der Verkehrswende, denn der Autoverkehr in der Innenstadt belastet sowohl Anwohner*innen als auch Autofahrer*innen, die durch Staus und Parkplatzsuche geplagt sind. Unser Ziel ist es, dass so viele Mitbürger*innen wie möglich in die Lage versetzt werden, mit anderen Verkehrsmitteln ihre Ziele in Landau zu erreichen. Gleichzeitig wird aber der motorisierte Individualverkehr weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Wie wollen wir unser Ziel umsetzen?

Individueller Verkehr

Damit eine Verkehrswende gelingen kann, spielt eine **Stärkung des Fahrradverkehrs** eine wichtige Rolle. Lückenschlüsse und Verbesserungen der Verbindungen werden wir weiterhin forcieren, wie zum Beispiel die Verlegung des Radweges von Wollmesheim nach Landau entlang des Birnbachs.

Durch die Sperrung der Waffenstraße für den Durchgangsverkehr konnte auf unsere Initiative hin zum Beispiel eine gute Nord-Süd-Verbindung für Radfahrende geschaffen werden. Die Öffnung der Königstraße für den Radverkehr in beide Richtungen war jedoch übereilt und hätte erst nach dem Umbau der Straße erfolgen sollen.

Die geplante neue **Fahrradbrücke** über die Maximilianstraße und die Bahngleise muss vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt neu beleuchtet werden. Sinnvolle Maßnahmen, die den Fahrradverkehr stärken, unterstützen wir auch weiterhin.

Das **VRN-Nextbike** Angebot soll zukünftig auch **Lastenräder** umfassen.

Alle Fußgänger*innen müssen sich in Landau sicher bewegen können. Die barrierearmen Gehwegplatten in der Fußgängerzone wollen wir verdoppeln.

Car-Sharing soll ausgebaut und vor allem in den **Stadtdörfern** möglich gemacht werden. Neue **dezentrale Ladesäulen** sollen vor allem dort errichtet werden, wo auf privater Fläche kein Laden möglich ist.

Parken

In einer ländlich geprägten Region wie der Südpfalz werden auch zukünftig viele Menschen auf ein Auto angewiesen sein. Da diese zum Arbeiten, zum Einkaufen oder um ihre Freizeit hier zu verbringen in unsere Stadt kommen, profitiert Landau auch von ihnen. Einige davon fühlen sich derzeit jedoch leider nicht mehr willkommen. Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung ist bei diesen Themen momentan stark polarisiert. Wir stehen für eine zukunftsgerichtete Mobilität, die ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander unter der Prämisse der Verkehrswende zum Ziel hat.

Wir wollen, dass den Anwohnenden die dezentralen Parkplätze in der Innenstadt zur Verfügung stehen. Die komplette Abschaffung des Bewohnerparkens hat sich vor allem im inneren Ring nicht bewährt und führt zu einem erhöhten Parksuchverkehr, bei dem gerade diejenigen oft leer ausgehen, die in der Innenstadt wohnen. Aus unserer Sicht darf es nicht so bleiben, dass etwa eine junge Familie – trotz eines sehr teuren Jahresparktickets – oft weit entfernt von ihrer Wohnung parken muss, damit Besucher*innen der Innenstadt so nah wie möglich an der Fußgängerzone parken können. Wir wollen das Bewohnerparken in der Innenstadt wieder einführen und auch in der Südstadt, wenn es dort rechtlich möglich ist.

Wir befürworten es, dass der Parkverkehr von außen auf die zentralen Parkplätze und Parkhäuser geleitet wird. Weitere zentrale Parkmöglichkeiten sollten an anderen Stellen des Stadtgebietes mit hohem Parkdruck – zum Beispiel im Malerviertel – geprüft werden. Außerdem sollte der neue Messplatz als kostenloser Parkplatz mit kostenlosem Transfer in die Stadt genutzt werden. Auch dies würde die Innenstadt vom Verkehr entlasten. Diese Idee hatten wir schon als Alternative zum damals gescheiterten Altstadtshuttle ins Gespräch gebracht.

Verkehrsberuhigung und -vereinfachung

Gerade Bürger*innen mit wenig Geld wohnen oft in Gebieten, die stark durch Verkehr belastet sind. Wir wollen deshalb alle Möglichkeiten nutzen, um durch Fließterasphalt oder Tempo 30 den Verkehrslärm zu reduzieren. Wir begrüßen die Untersuchungen der Autobahn GmbH und unterstützen alle Maßnahmen, die die Belastungen durch die A65 für Dammheim, Mörlheim, Queichheim und das Horstringgebiet verringern.

Es ist uns wichtig, dass die Wohngebiete in unserer Stadt nicht als Durchgangsverkehr genutzt werden. Überzeugende Maßnahmen unterstützten wir, aber das bedeutet nicht, dass Sperrungen oder neue Einbahnstraßen in jedem Fall gut sind. Die neue Verkehrsführung an der Sparkasse hat sich aus unserer Sicht nicht

bewährt und sollte rückgängig gemacht werden. Die Neuregelung sorgt für Verwirrung, Umwege und Unmut in der Bevölkerung. Ein Beispiel ist die Umleitung des Verkehrs durch die Ostbahnstraße zur Königsstraße. Dieser Straßenzug war bislang erfolgreich verkehrsberuhigt. Die jetzige Nutzung ist unklar. Zu fast allen neuen Maßnahmen wurde beschlossen, dass nach einem Jahr eine Überprüfung stattfinden muss. Sollte das nicht beschlossen worden sein oder nicht stattfinden, werden wir eine Evaluation solcher Maßnahmen konsequent einfordern. Sollten sich Maßnahmen als nicht wirksam herausstellen oder sogar zur Verschlechterung der Situation geführt haben, müssen diese konsequent rückgängig gemacht werden.

Den Bau neuer Straßen lehnen wir – wie in der Vergangenheit die Südtangente oder die Ortsumgehung Arzheim – weiterhin ab.

Öffentlicher Personennahverkehr

Wir wollen, dass der Landau Takt den Menschen dient, die auf einen verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind. Gleichzeitig möchten wir anderen Bürger*innen die Möglichkeit geben, auf Bus und Bahn umzusteigen.

Der neue Landau Takt hat eine Chance verdient, auch wenn es momentan stark danach aussieht, dass zu viele Busse leer durch die Stadt fahren. Hier ist eine ehrliche Analyse und Nachsteuerung notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass der entfallene Regionalbuslinienverkehr über Landau – Wollmesheim – Mörzheim – Bad Bergzabern (frühere Linie 540) durch alternative Angebote ersetzt wird. Das Flex-Line-Angebot sollte als Ergänzung zum ÖPNV ausgedehnt werden und ist insbesondere in den Ortsteilen von besonderer Bedeutung, in denen die Bedienungen über den Regelverkehr nicht ausreichend ist.

Der Schulbusverkehr muss besser auf die Bedürfnisse der Schüler*innen und die Schulzeiten sowie mit dem Landkreis abgestimmt werden. Stadt- und Kreisverwaltung müssen sich hier gegenseitig besser ergänzen als in der Vergangenheit.

Wir wollen prüfen, wie der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen beschleunigt werden kann.

Die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Germersheim unterstützen wir. Das Stadtdorf Dammheim sollte hier einen eigenen Haltepunkt bekommen.

Die Stadt muss sicherstellen, dass immer ausreichend Taxis am Hauptbahnhof zur Verfügung stehen. Außerdem muss geprüft werden, wie der Taxistand an eine bessere Stelle verlagert werden kann.

Wir begrüßen die Initiative des Bürgervereins Landau, der als rechtlicher Träger das Projekt „Seniorenbus“ betreibt und somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Mobilität älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger leistet. Wir fordern die Stadt Landau auf, die finanzielle Unterstützung des Projekts auch zukünftig zu gewährleisten.

5. WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

Landau ist mit seiner Lage in der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Eurodistrict Pamina ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Auch die weichen Standortfaktoren wie ein gutes Kita- und Schulangebot tragen dazu bei. Gleichzeitig stellen sichere und attraktive Arbeitsplätze eine Grundlage für ein gutes Leben in unserer Stadt dar. Es ist deshalb im gesamtstädtischen Interesse, dass es den Landauer Unternehmen und Gewerbetreibenden wirtschaftlich gut geht.

Eine der häufigsten Herausforderungen, die von Unternehmen genannt werden, stellt der Arbeits- und Fachkräftemangel dar. Ein Ansatz, um zukünftig mehr Fachkräfte vor Ort ausbilden zu können und sie an den Standort Landau zu binden, wäre **die Ansiedelung einer dualen Hochschule**. Darüber hinaus muss die Stadt zukünftig eine Plattform bieten, um die Bildungseinrichtungen, insbesondere die Universität als Forschungsstandort, und die Unternehmen besser zu vernetzen.

Es ist essenziell seinen Arbeitsplatz gut erreichen zu können. Bei den Betrieben, in denen im Schichtbetrieb gearbeitet wird, sind die Zeiten des ÖPNVs teilweise nicht optimal auf die unterschiedlichen Schichtzeiten abgestimmt. Diesen Missstand werden wir beheben.

Die **Stadtverwaltung Landau** stellt einen der größten Arbeitgeber Landaus dar. Um ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben, muss sich die Verwaltung ständig weiterentwickeln, insbesondere was Homeoffice-Möglichkeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch in Führungspositionen, angeht. Die Möglichkeit ein Jobticket zu erwerben, muss unbedingt erhalten bleiben und nach Möglichkeit der städtische Anteil am Jobticket erhöht werden.

Start-Ups und Gründern wollen wir zukünftig mit einem gewerblichen Zwischenutzungskonzept unterstützen, so dass diesen schnell und günstig (temporäre) Räumlichkeiten zur Verfügung stehen können. In Bezug auf die Erschließung des neuen Gewerbegebietes D12 werden wir uns dafür einsetzen, dass bei der Ansiedlung von Unternehmen auf städtischen Grundstücken Kriterien wie Tarifbindung, Nachhaltigkeit, Innovation und lokaler Bezug eine wichtige Rolle spielen. Neue Bürokomplexe sollen nicht gebaut werden.

Das Arbeiten verändert sich ständig. Mobiles Arbeiten ist aus dem Alltag nicht wegzudenken. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr **Möglichkeiten zum Coworking** entstehen und können uns vorstellen, dass auch die Stadt beispielsweise über die Stadtholding im Rahmen der Wirtschaftsförderung im besten Fall in einer bestehenden Gewerbeimmobilie Arbeitsplätze einrichtet, die digital, kurzfristig und auch nur stundenweise angemietet werden können.

Landau hat ein touristisches Potenzial, das allerdings aktuell zu wenig genutzt wird, obwohl gerade auch die Innenstadt davon profitieren könnte. Landau braucht ein Tourismuskonzept und eine bewusste Standortentwicklung für das Gastgewerbe. Landau als größte Weinbautreibende Kommune, die Nähe zum Pfälzer Wald und Frankreich sowie Landau als erlebenswerte Stadt können Anker einer solchen Strategie sein, die zwingend unter Einbindung der umliegenden Landkreise erstellt werden muss.

6. FINANZEN

Wir schließen uns der Position der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Rheinland-Pfalz e.V. (SGK Rheinland-Pfalz) zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz an: Auch aus unserer Sicht gehört zu einer seriösen Haushaltspolitik einer selbständigen Gemeinde die Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie die ständige Überprüfung der Aufwandspositionen. Anpassungen der Realsteuerhebesätze an die allgemeine Teuerungsrate oder für örtlich zusätzliche Vorhaben sieht eine solide Haushaltsführung naturgemäß in regelmäßigen Abständen vor. Dies liegt im Wesen einer Substanzsteuer (Grundsteuer), welche andernfalls über Jahrzehnte hinweg den gleichen Ertrag bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen (z. B. Sach-/ Personalaufwand) einbringen würde. Die Anpassungen müssen jedoch vermittelbar sein, eine Verdopplung der Hebesätze in kurzen Zeiträumen scheidet unserer Auffassung definitiv aus! Hier sehen wir auch eine Verpflichtung auf Seiten der jeweiligen Kommunalaufsicht den Ermessensspielraum an die örtlichen Gegebenheiten anzulegen.

Für die Sanierung des LaOlas fordern wir eine belastbare Finanzierungsstrategie. Hierzu ist zunächst zu klären, ob das LaOla als Familienbad erhalten werden kann oder ob ansonsten zumindest der Erhalt zur sportlichen Nutzung möglich ist.

UNSERE LISTE ZUR STADTRATSWAHL 2024

1. Florian Maier, Dammheim
2. Paule Albrecht, Landau
3. Prof. Dr. Hannes Kopf, Mörzheim
4. Jennifer Braun, Landau
5. Dr. Hans-Jürgen Blinn, Landau
6. Magdalena Schwarzmüller, Landau
7. Joshua Rößler, Godramstein
8. Judith Neumann, Mörzheim
9. Klaus Eisold, Landau
10. Claudia Sieling, Landau
11. Alexander Hieb, Arzheim
12. Carmen Aprill, Landau
13. Peter Karl, Landau
14. Carina Moock, Wollmesheim
15. Dr. Peter Dell, Landau
16. Miriam Tsolakidis, Landau (parteilos)
17. Klaus Kissel, Arzheim
18. Sylvia Dahlinger, Queichheim (parteilos)
19. Dr. Hubert Lachenmaier, Landau (parteilos)
20. Bianca Dörr, Nußdorf
21. Rolf Kost, Wollmesheim
22. Julia Eisold-Fritz, Landau
23. Valentin Berger, Landau
24. Dorothee Bauer, Landau (parteilos)
25. Bernd Brucker, Mörlheim
26. Hanna Vogler, Landau (parteilos)
27. Marcel Fritsch, Landau
28. Birthe Kunze-Bergs, Landau
29. Thomas Flocken, Godramstein
30. Veronika Wittig, Mörlheim
31. Tobias Dreher, Landau
32. Christiane Rothhaar, Arzheim (parteilos)
33. Adrian Koder-Horsten, Queichheim
34. Ina Hein, Landau
35. Tri Tin Vuong, Landau
36. Moni Vogler, Landau
37. Thomas Baumann-Federkiel, Dammheim
38. Ebru Tas, Landau
39. Dr. Hans-Günther Weeß, Landau
40. Dr. Saskia Scholten, Landau
41. Bernd Gottschalk, Nußdorf
42. Lisa Rucker, Landau
43. Tobias Böckler, Landau
44. Hermann Demmerle, Landau
Ersatzkandidaten:
45. Martin Schlimmer-Bär, Landau
46. Klaus Halm, Queichheim (parteilos)

IMPRESSUM

SPD Stadtverband Landau
Paule Albrecht
Karl-Sauer-Straße 8
76829 Landau

SPD Soziale
Politik für
Landau.